

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. November 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Berichte und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 137

**Bestellungen** auf den „Korrespondent“ müssen monatlich oder vierteljährlich so zeitig bewerkstelligt werden, daß eine Verzögerung in der Auslieferung durch die Post unmöglich wird.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Streik:** Verständigungs- oder Desperadopolitik? IV, V.  
**Das Budgetgewerbe im Ausland:** Deutsche Schweiz, — Österreich, — Bosnien und Herzegowina, — Serbien, — Holland, — Italien, — Rußland.

**Streikverordnungen:** Aachen, — Darmstadt, — Duisburg, — Hanau am Main, — Heidelberg, — Hildesheim, — Sonneberg, — Würzburg.  
**Bundschau:** Meisterprüfungen, — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914, — Hemmung technischer Fortbildungsbestrebungen durch Unternehmer, — Das „Schwarze Kreuz“ in Breslau, — Konkurs, — Offene Gewerkschaftslehre, — Bildung und Arbeitslosenversicherung, — Der Arbeitsmarkt im Oktober 1913.

### Verständigungs- oder Desperadopolitik?

#### IV.

Der Verständigungspolitik, wie sie aus der gewerkschaftlichen Taktik unserer Tage mit ihrer Tendenz, opferpflichtig und in ihrem Ausgange fragwürdige Kämpfe nach aller Möglichkeit zu vermeiden, dagegen auf anderem Wege, schon durch den äußeren Druck der Organisationen zufolge ihrer Größe und Geschlossenheit, das gleiche oder mehr zu erreichen, steht einerseits die in manchen Köpfen innerhalb der Arbeiterbewegung spukende Massenstreikschwärmerei, andererseits die Desperadopolitik der geschworenen Organisationsfeinde entgegen. Organisationsgegner insofern, als es sich um Koalitionen der Arbeiter handelt; denn für sich selbst setzen sie nicht allein das Organisationsrecht, sondern auch die Organisationspflicht an die erste Stelle. Einigen Sukkurs erhalten diese für das wirkliche Allgemeinwohl geradezu gefährlichen Elemente aus dem Arbeiterlager. Diese Speerträger sind allerdings auch danach.

Die Desperadopolitiker betreiben den Arbeiterschutz förmlich als Sport. Da der Streikbrecher eigentlich erst in zweiter Linie von den scharfmacherischen Industriellen patronisiert wird, so ergibt sich die interessanteste Tatsache, daß diejenigen, die am wenigsten Streiks ausgelebt sind, die auch nicht zu Ausperrungen greifen, weil ihre Arbeiterschaft sich in mehr als gottgewollter Abhängigkeit von ihnen befindet, denen also die Streikbrecherei und die Lage des Arbeiters aus eigener Erfahrung nicht bekannt ist, daß sie gerade die Einseitiger sind, gegen die Arbeiterschaft ein Ausnahmerecht zu schmieden.

Das in der vorigen Nummer unter Abschnitt III vermerkte Faktum nicht allfälliger Niederlagen der Konservativen im Reichstage mit ihrem Streikpostenverbote mag die um Seydebrand bestimmt haben, dem Zuge der Zeit folgend auch das Unternehmen der Ausnahmegesetzgebung durch Bildung einer G. m. b. H. seines Risikos zu entkleiden. Das nachgerade berüchtigt gewordene „Karstell der schaffenden Arbeit“, zu dem auf einer Leipziger Tagung im August d. J. die über jedem Zweifel, einer fortschrittlichen Entwicklung zu dienen, erhabenen Organisationen des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes Gevatter standen, hat neben andern edlen Absichten, wie weitere Forcierung des Hochschutzes, Bekämpfung der Sozialpolitik, die Forde-

rung nach einer neuen Zuchtbausvorlage am lautesten verkündet. So sollte sich die Vaterchaft eines erhöhten Arbeiterschlusses etwas natürlicher ausnehmen, als wenn nur die Agrarkonservativen ihre uralten Bemühungen, dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, was auch identisch ist mit Aufhalten der Arbeiterbewegung, von neuem, aber allein in die Öffentlichkeit hinaustrumpfen hätten.

Auf dieses Bündnis der rückwärtigen Wirtschaftsverbände legte sich zwar ein Rauchreif, indem der industrielle Zentralverband hinterher von dem lückenlosen Solltarif etwas abrückte, indes seine Desperadopolitik in puncto Arbeiterschlusses dadurch nicht fangierte. Gleichfalls in Leipzig, und obendrein in Gegenwart des sächsischen Königs, schlugen die zentralverbändlerischen Mannen wild an ihre Schilde, und der moderne Schlachtruf nach einem größeren Schutze der Arbeiterschlüsse brauste durch die festliche Halle des neuen Leipziger Rathauses.

Dieser Ruf schallte dann durch die Lande und erweckte manches Echo. Was im Grunde seines Herzens reaktionär gefinnt ist, trotz des sonst nach außen gegebenen Anscheins normalen fortschrittlichen Denkens, hatte nun aus einmal entdeckt, welche Gefahr dem Staate droht, wenn nicht der Arbeiterschlusses entschließener bekämpft werde. Ohne Ahnung der wirklichen Verhältnisse kamen da wahre Zerrbilder über die Tendenz und Befähigung der Gewerkschaftsbewegung zustande. Mit wenigen Ausnahmen, wozu auch der Bund der Industriellen zählt, zeigte sich bei den Unternehmerorganisationen der Nachahmungstrieb stark entwickelt. Es wurde also mitgeschrien nach dem größten Erfordernisse der Zeit: den Streikbrechern einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, wie er selbst für die hochgestellten Personen nicht existiert. Schließlich ja auch nicht für sie notwendig ist, denn man möchte bald glauben, daß der Arbeiterschlüsse heute das unentbehrlichste Element im Staate darstellt.

Die sogenante Mittel liberalen, das ist die rechtsstehende Gruppe der national liberalen Partei, haben vor einigen Wochen aus ihrem Herzen nun gleich gar keine Mördergrube gemacht. Sie bekundeten in ihrem Publikationsorgane nicht nur vollstes Einverständnis mit dem scharfmacherischen Vorgehen der schon erwähnten wirtschaftlichen Vereinigungen, die sich im weitesten Maße politisch betätigen, zu welchen ausnahmegesetzlich gesinnten Organisationen noch der Sankelstag wie auch der Handwerkerstag hinzuzählen sind, sondern sprachen aus, worum es sich tatsächlich bei all diesen Rufen im Streite handelt. Es ist nämlich der „Kampf gegen die Demokratie“, oder wie das „Berliner Tageblatt“ diese so uneigennütigen Bestrebungen noch deutlicher kennzeichnet: „eine Kampfpolitik gegen die aufstrebenden Massen“, was diese recht gemischte Gesellschaft zusammenführt. Also Interessenpolitik in nacktester resp. brutaler Form, mit der die verhassten Gewerkschaften getroffen werden sollen. Die Berliner Jungliberalen haben darauf in einer Resolution auf das schärfste die unter der Flagge des „Schutzes der Arbeiterschlüsse“ stehenden scharfmacherischen Bestrebungen auf Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die auf Organisation angewiesenen arbeitenden Schichten ihres Volkes

gemäßwillig und Verwunderung darüber ausgesprochen: daß gerade von agrardemagogischer Seite, wo wirtschaftlicher Boykott und Terrorismus nicht ganz unbekannt sind, solche Ausnahmegesetze mit besonderem Eifer gefordert werden.

Was der Mittel liberalen Teutonenbruch mit so frohem Soffen erfüllt, ist der in den letzten Wochen gefasste Beschluß des Industrierrates des Hanfabundes, die Seydebrandsche Scharfmacherpolitik mitzumachen. Mit Recht hat dieser Vorgang das allgemeine Aussehen erregt. Wir lasen in einem Blatte, die den Hanfabund in ein ganz andres und für ihn auch gefährliches Fahrwasser drängende Entschließung sei unter Mitwirkung hervorragender Mitglieder der fortschrittlichen Volkspartei zustande gekommen. Daß unter den National liberalen die Mehrheit in den alten Fehler einer ausnahmerechtlichen Behandlung der Arbeiterbewegung zu verfallen geneigt ist, unterliegt für uns keinem Zweifel. Aber unter den Fortschrittlichen solche über alle Maßen reaktionäre Anwandlungen auftauchen zu sehen, das kann der beschränkte Untertanenverstand nicht so ohne weiteres lassen. Dieß man in der Königsberger „Sartungischen Zeitung“, die dieser Richtung angehört und als Sprachrohr industrieller und kapitalistischer Kreise gilt, wie dieses Blatt sich gegen die Desperadopolitik ausdrückt, nämlich:

Der seit Jahren erhobene Schrei nach einem Ausnahmegesetze zum Schutze der Arbeiterschlüsse nimmt sich für jeden Kenner der Rechts- und Sachlage eingemahnen selbst an. Ein solches Ausnahmerecht ist nämlich in Gestalt vorstehender Bestimmungen (§ 153 der Reichsgewerbeordnung) bereits seit längerer Zeit in mehr als wünschenswertem Umfange vorhanden und wird durch die Paragraphen des gemeinen Strafrechts, welche Nötigung, Bedrohung, Erpressung, Beleidigung usw. unter Strafe stellen, aufs ausgiebigste ergänzt, und wenn in dem zitierten fortschrittlichen Blatte noch darauf hingewiesen wird, daß alles versucht werde, Arbeiterkoalitionen als politische Vereine zu erklären, aber

die in der Theorie nach gleichen Grundsätzen zu beurteilenden Verbände der Arbeitgeber hätten von jeher ungehindert sich entwickeln und ihre Wirksamkeit entfalten können; man hat nie davon gehört, daß gegen sie in gleicher Weise eingeschritten worden wäre,

dann erscheint es unglücklich, in ein und derselben politischen Partei solche große und weittragende Widersprüche anzutreffen.

Auch aus dem Zentrum liegen verdächtige Mitteilungen vor. Von dem so vielgeschätzten Abgeordneten Erzberger wird behauptet, er habe in voriger Woche in einer von ihm in Hamburg gehaltenen Rede als Anfang des Staatsbankrotts bezeichnet, wenn in der Frage des Arbeiterschlusses nichts geschehe, und wenn die Rechtsprechung die Arbeiter nicht vor dem sozialdemokratischen Terrorismus zu schützen vermöge. Da Erzberger in der Zentrumsparlei eine führende Rolle hat, seine schwankende Haltung auch hinlänglich bekannt ist, so muß diesem Aussprache von ihm in Hamburg eine bedenkliche Eigenschaft beigemessen werden. Das Zentrum selbst hat zudem eine klare Stellungnahme in dieser bedeutungsvollen Angelegenheit bis jetzt peinlichlich vermieden.

Der Hanfabund scheint in der Sitzung seines Direktoriums vom 24. November, der mit großer Erwartung entgegengesehen wurde, weil sie Stellung zu dem bekannten Beschlusse seines Industrierrates nehmen sollte, mühsam einen Weg aus dem Holze gefunden zu haben. Diese Institution hatte sich glatt für einen erweiterten Arbeiterschlusses erklärt. Das Direktorium des Hanfabundes hat jedoch das entscheidende Wort zu sprechen. Bei Redaktionschluss dieser Nummer kommt die offizielle Meldung,

daß „eine völlige Einigung zwischen Industrie, Handwerk und Angestellten erzielt“ wurde, ein ausführlicher Bericht werde alsbald folgen. Nach einer privaten Mitteilung in einem nationalliberalen Leipziger Blatte, das sich für den Arbeitswilligenschutz ins Zeug legt, soll sich das Direktorium den Vorschlägen des Industrierats in bezug auf eine vom Reichskanzler zu erlassende Streikinstruktion an die Greifbubenbeamten angeschlossen haben. Das Direktorium fordert ferner eine allgemeine Beschleunigung des Strafverfahrens und Überweisung der Vorschläge des Industrierats betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Änderung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuchs an eine Kommission aus Mitgliedern der Industrie, des Handels und Gewerbes mit Einschluß der Angestellten. Das würde also auf eine noch schärfere Anwendung der bestehenden Gesetzesvorschriften bei Arbeitskämpfen hinauslaufen und eine größere Einschränkung der gewerkschaftlichen Befähigung im allgemeinen bedeuten. Die nächsten Tage werden ja wohl Klarheit bringen, ob die Professe der Angestelltenverbände gegen den Beschluß des Industrierats nicht mehr als dieses zum mindesten fragwürdige Resultat gezeitigt haben.

Die Reichsregierung hält es in dieser gährenden Zeit, die ihr so manche Nuß zu knacken aufgibt, bei dem gewissermaßen zum Tagesforderung gewordenen Verlangen nach einem Arbeitswilligenschutzgesetz mit dem Grundsatze, daß Vorlicht die Mutter des Porzellanstrankes ist. In einer offiziös inspirierten Verlautbarung ließ sie erklären:

Die Parteien des Reichstags, die die Vorlegung eines solchen Gesetzes befürworten, können kein Interesse daran haben, daß die Reichsregierung eine Niederlage damit erleidet. Sind sie jedoch der Ansicht, daß doch die Möglichkeit der Annahme einer solchen Vorlage besteht, dann gäbe es ein einfaches Mittel, Klarheit darüber zu schaffen: Sie mögen eine Resolution einbringen, die die Reichsregierung ersucht, ein Arbeitswilligenschutzgesetz vorzulegen; findet diese Resolution eine Mehrheit im Reichstage, dann dürfte die Regierung zweifellos nicht zögern, ihr Folge zu geben. Wird sie jedoch abgelehnt, dann ist damit der Beweis geleistet, daß die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber der Forderung nach einer Gesetzesvorlage berechtigt ist.

Daß von diesem Standpunkte die Desperadopolitiker gar nicht befriedigt sind, versteht sich am Rande. Ihre Presse setzt denn auch die Ankeilerereien fort und ergänzt sie noch mit unverblümten Vorhaltungen gegen die unentschlossene Haltung der Regierung. Diese aber ist ja nicht abgeneigt, sondern trägt nur angesichts der Zusammenlegung des Reichstags große Bedenken, hier die Initiative zu ergreifen und verharret deshalb lieber bei der sie auch sonst „auszeichnenden“ Zauderpolitik.

## V.

Angesichts dieses Kesselreibens, das so hoch ist wie selten ein scharfmacherisches Spektakel, konnte natürlich eine Protestbewegung gegen die Desperadopolitik der gekennzeichneten Kreise nicht ausbleiben.

Von den politischen Parteien nimmt die Sozialdemokratie die unzweideutigste, am entschiedensten ablehnende Haltung gegen die Antastung der ohnehin beschränkten Koalitionsfreiheit und ihrer Ausübung ein. Die kleine christlich-sozialistische Partei hat eine Erklärung gegen einen erweiterten Arbeitswilligenschutz erlassen. Für sie ist Genüge geschehen, wenn die Zügel straff angezogen werden, was, wie wir noch sehen werden, wirklich schon Übung ist. Die übrigen Parteien sind entweder einer klaren Stellungnahme noch ausgewichen oder gespalten hinsichtlich dieser Staatsaktion oder sans phrase vollblut-scharfmacherisch gemittelt und zu entsprechendem Handeln gewillt.

Daß die freien Gewerkschaften erklärte Bekämpfer jeder Schwächung der Arbeiterrechte sind, bedarf keiner Worte. Die Tisch-Druckereischen Gewerkschaften haben soeben durch ihr Zentralorgan verkündet lassen:

Fort mit allen Versuchen, die ohnehin schon knapp bemessenen Rechte der Arbeiter noch mehr zu beschneiden! Das Koalitionsrecht muß zum mindesten unangefastet bleiben. Wer darin den Scharfmachern auch nur die geringste Konzession macht, der trägt mit dazu bei, daß die Mißstimmung und Erbitterung in Arbeiterkreisen nur noch erhöht wird und die Reihen derjenigen verstärkt werden, die man Schwächen möchte.

Das ist ein zweifelsfreier Standpunkt. Im letzten Momente kommen die christlichen Gewerkschaften

mit einer bemerkenswert scharfen Absage an die Desperado- und Gewaltpolitik. Ihr Zentralorgan gibt bekannt, daß die von der Großindustrie, dem Mittelstand und neuerdings auch vom Handabunde vertretenen Forderungen von den christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Unter Anführung aller einschlägigen Gesetzesbestimmungen wird der Nachweis geführt, daß die jetzigen Gesetze für den Schutz der Arbeitswilligen mehr als genügen. Zum Schluß erhebt das „Zentralblatt“ bezüglich einer Reform des Koalitionsrechts folgende Forderungen: Sicherheit des Streikpostens- und Boykottrechts vor Polizeiwillkür, Sicherung vor schwarzen Listen und ähnlichen Einrichtungen des Unternehmertums, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines Ausnahmegesetzes und eines ungeschickten Gesetzes. In der Regelung dieser Angelegenheiten sieht das „Zentralorgan“ eine der wichtigsten demnächstigen Aufgaben des Reichstags. Man kehrt also den Spieß um und fordert Schutz vor Polizeiwillkür und Schutz vor den Scharfmachern. In nächster Woche findet in Berlin der dritte „nationale“ Arbeitertag statt, dessen Macher die christlichen Gewerkschaften sind. Wenn dort dieser Standpunkt ebenso entschieden vertreten wird, kann man es zufrieden sein.

Wie nicht anders zu erwarten, schwimmen aber in dieser tief einschneidenden Sache der Arbeiter die gelben Gewerkschaften im Fahrwasser der Scharfmacher. Ja, sie haben sich nicht entblödet, dem Geschehen nach einem Arbeitswilligenschutzgesetz ausdrücklich zuzustimmen. Sie kennen also nicht einmal in der Prostitution eine Grenze.

Dagegen haben die mit dem Handabunde verbundenen Angestelltenverbände gegen den mehrfach erwähnten Beschluß von dessen Industrierat offen Stellung genommen, zum Teil sogar in ganz deutlicher Sprache. Der Deutsche Bankbeamtenverein, der Verein Deutscher Kaufleute, der Bund der Festsoldaten, der Reichsverein liberaler Arbeiter lieben durch ihre Vorstände erklären, daß sie auf jeden Fall diese Desperadopolitik verwerfen und daß auch die Ausdehnung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, „die Bewegungsfreiheit und Arbeitsfähigkeit der Berufsvereine ganz erheblich beeinträchtigt“ man muß daher gespannt sein, wie sich der Beschluß des Direktoriums des Handabundes aufklärt, und wie diese Organisationen sich dazu stellen werden.

Erfreulicherweise hat die Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform, die Ende voriger Woche in Düsseldorf stattfand, auf der die Bundeshäuptlinge Thraner und Treffer wieder groben Anflug gegen unsre Tariftgemeinschaft verübten, sich also den Desperadopolitikern in einem andern Sinne gefesselt verwandt zeigten, welchem der juristische Vorsitzende des Tarifamts, Dr. Friedemann, entgegentrat, ebenfalls gegen die Scharfmacherei Stellung genommen. Die bestehenden Gesetze wurden für ausreichend erklärt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung für eine Verschärfung der Polizeigesetze nicht zu haben sein werde.

In den schäumenden Freudenbecher der Gewaltpolitiker ließ man also von den verschiedensten Seiten schwere Wermuststropfen fließen. Hoffentlich erweist sich diese Protestbewegung stark genug, um weiteren Anflug zu vereiteln. Denn Rückwirkungen dieser scharfmacherischen Übungen auf die Arbeiterschaft sind bereits wahrzunehmen, wie im Schlussartikel noch geschildert werden soll.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Deutsche Schweiz. Am 6. und 7. Dezember findet in Rapperswil am Zürichsee eine Delegiertenversammlung des Typographenbundes statt. Hauptverhandlungsgegenstand ist die Beratung des neuen Statuts. Der Entwurf dazu ist in den letzten Tagen den Mitgliedern zugestellt worden und steht gegenwärtig in den Sektionen zur Behandlung. Einschneidende Neuerungen bringt vor allen Dingen das Statut der Kranken- und Invalidenkasse. Mit 1. Januar 1914 tritt das schweizerische Krankenversicherungsgesetz in Kraft, welches die Subvention der bestehenden Krankenkassen vorläßt. Das Statut der letzteren muß nun dem Gesetz angepaßt werden, um die Subvention zu erhalten; dieselbe wird für den Typographenbund 14000 Fr. ausmachen. Der Statutenentwurf sieht eine Erhöhung des täglichen Krankengeldes um 50 Cent. vor. Die Krankenunterstützung soll nun betragen für die Mit-

glieder des Schweizerischen Typographenbundes im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft 4 Fr. pro Arbeitstag für 180 Tage und nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen 5,50 Fr. pro Arbeitstag für 312 Tage während der Dauer von drei aufeinanderfolgenden Jahren. Für Mitglieder, welche in ärztlicher Behandlung stehen, die Arbeit aber nicht ausüben, können 50 Proz. für Arzt- und Apothekerkosten rückvergütet werden; ebenso kann das Zentralkomitee einem Patienten auf Antrag des Sektionsvorstandes für Anschaffung von chirurgischen Geräten und orthopädischen Apparaten eine Vergütung bis zu 50 Proz. der Kosten bewilligen. Das Maximum der Entschädigung beträgt 100 Fr. im Zeitraum zweier Jahre. Bei der Invalidenunterstützung ist eine neue Klasse angefügt worden. Bei 1500wöchiger Beitragsleistung beträgt darin die Unterstützung 21 Fr. pro Woche. Die Invalidenunterstützung beträgt nun nach 260 Beitragswochen 9 Fr., nach 520 Beitragswochen 12 Fr., nach 780 Beitragswochen 15 Fr., nach 1040 Beitragswochen 18 Fr., nach 1560 Beitragswochen 21 Fr. in der Woche. Das sind gewiß Leistungen einer Berufskrankenkasse, die sich sehen lassen können. Zu all dem bringt der Entwurf noch die Krankenversicherung für die Frauen der Mitglieder. Es ist vorgesehen, daß für die Frauen bei einem wöchentlichen Beiträge von 20 Cent. ein Krankengeld von 1,50 Fr. pro Arbeitstag für 180 Tage im Laufe von 360 aufeinanderfolgenden Tagen ausgezahlt wird. Zu dieser Frauenversicherung, die auch die Wöchnerinnenunterstützung vorläßt, wird von der staatlichen Versicherung dem Typographenbunde voraussichtlich eine Subvention von 10000 Fr. geleistet, so daß mit den aus den Beiträgen stehenden Einnahmen für den Verband ein Risiko ausgeschlossen erscheint. Die Neuerung ist entschieden als ein Fortschritt zu begrüßen; denn wenn in einer Familie die Mutter krank ist, so ist das meist viel schlimmer, als wenn der Mann erkrankt. Immerhin findet die Frauenversicherung nicht überall gute Aufnahme, und es sind auch bereits in der „Schweizerischen Typographia“ einige Artikel dagegen erschienen.

Österreich. Verschiedene Vorkommnisse innerhalb der letzten Wochen stehen es beklammert zweifelhaft erscheinen, ob die Tarifverhandlungen im österreichischen Buchdruckgewerbe am dem dafür vorgesehenen Datum beginnen würden. Nach langen Vorberhandlungen ist es jedoch gelungen, eine Verständigungsbasis zu finden, und so haben die Tarifverhandlungen zwischen den Vertretern des Reichsverbandes österreichischer Buchdruckermeister und denen des Verbandes der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs am Nachmittag des 18. November im Gewerbeförderungsamt in Wien begonnen. Die anfänglichen Differenzen waren zweifacher Natur; einmal lagen sie in prinzipiellen Bestimmungen des von den Prinzipalen vorgelegten Tarifentwurfs und im weiteren in der prinzipiell höchstbedingten Ausschaltung der Schriftgießer. Die beiden Parteien einigten sich schließlich dahin, daß das Tarifamt die Schriftgießer sofort auffordere, ihre Delegation zu den Tarifberatungen zu entsenden. Ferner soll auf der Grundlage des gegenwärtig geltenden Tarifs verhandelt werden. Die beiderseitigen Änderungsansprüche sollen nicht den Charakter von Mindestforderungen, sondern nur die Wünsche beider Teile darstellen, um als Beratungsbefehl zu dienen. Die Verhandlungen dauern fort.

Bosnien und Herzegowina. Die Beendigung der Tarifverhandlungen kann aus diesen Ländern gemeldet werden. Der neue Tarif wurde bis auf die Landesdruckerei bereits von allen Prinzipalen unterschrieben. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Tarifvertrags sind folgende: Die tägliche Arbeitszeit bleibt für Handleger und Drucker wie früher 8 1/2 Stunden. Jeder Gehilfe erhält einen bezahlten Urlaub von drei Tagen, wenn er von zwei bis vier Jahren ununterbrochen in einer Offizin arbeitet, und von sechs Tagen bei einer Beschäftigung von vier bis sechs Jahren. Der Minimallohn der Handleger und Drucker ist um 3 Kr. erhöht und beträgt: im ersten Jahre nach Beendigung der Lehre 24 Kr. in der ersten Klasse und 26 Kr. in der zweiten Klasse, nachher 31 Kr. in der ersten und 33 Kr. in der zweiten Klasse. Im selben Verhältnis ist auch die Entschädigung für die Überstunden gestiegen. Der Laufendpreis für berechneten Handlöh hat eine Erhöhung um 3 Heller erfahren. Die Meisterte der Setzungen erhalten im Minimum 38 Kr. bei Tagarbeit und 44 Kr. bei Nachtarbeit. Das Minimum der Handlöh bei Nachtsetzungen beträgt 38 Kr. In jeder Druckerei dürfen nur Vereinsmitglieder beschäftigt werden. Die Lehrlingskassa wurde verbessert in der Weise, daß auf je vier Gehilfen ein Lehrling kommen kann. Frauen dürfen in Buchdruckereien nicht arbeiten, und diejenigen, die im Laufe des vorigen Jahres eingestellt worden sind, müssen am Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifs entlassen werden. Der Minimallohn der Maschinenleger beträgt 47 Kr. bei siebenstündiger Arbeitszeit und 49 Kr. bei achtfundstündiger Arbeitszeit. Die Nachtarbeit wird entschädigt wie folgt: Mit 20 Heller pro Stunde von 7 bis 12 Uhr und mit 40 Heller von 1 bis 7 Uhr. Die Mechaniker an Setzmaschinen haben ein Minimum von 60 Kr. pro Woche bei achtfundstündiger Arbeitszeit. Der Tarif hat eine Dauer von fünf Jahren mit der Klausel, daß im Jahre 1916 der Minimallohn und die allgemeinen Löhne um 2 Kr. steigen sowie daß der Laufendpreis des berechneten Handlöhes sich um 2 Heller erhöht.

Serbien. Die Prinzipale und Gehilfen im serbischen Buchdruckgewerbe trafen am 31. Oktober d. J. erstmalig zu neuen Tarifberatungen zusammen. Jede Partei übergab der andern einen Tarifentwurf. Nach zwei weiteren Sitzungen wurden die Beratungen abgebrochen, da die Prinzipale verlangten, daß ihr Entwurf zur Grundlage der Verhandlungen genommen werde, was die Gehilfen selbstverständlich ablehnten. Der Entwurf enthält zahlreiche

Verschlechterungen hinsichtlich der Arbeitszeit, Feiertage, Überstundenentschädigung, Löhne, Arbeitsweise der Drucker usw. Trotzdem die Gehilfen nachträglich noch mehrere Verträge unterhandeln, auf Grund des geltenden Tarifs in erneute Verhandlungen einzutreten, fanden sie auf Prinzipalsseite keinerlei Entgegenkommen. Da unter diesen Umständen ein offener Konflikt sehr wahrscheinlich ist, muß Zugang nach Serbien auf weiteres ferngehalten werden.

**Holland.** Nach Einstellung des dritten besetzten Beamten des Allgemeinen niederländischen Typographenverbandes sind fortan alle Geldsachen und Verwaltung Angelegenheiten zu regeln mit dem Kollegen J. van Straten, Amsterdam, Overtoom 32.

Zur näheren Besprechung des Lohnarifenwurfs fand in Maastricht zwischen der erst vor kurzem gegründeten Abteilung des Typographenverbandes und dem örtlichen katholischen Graphischen Bund eine gemeinsame Vorstandssitzung statt, welche sich auf beiden Seiten durch recht kameradschaftlichen Geist auszeichnete. Die einflussreiche von beiden Abteilungen aufgeworfene Lohnforderung usw. wurde den betreffenden Hauptvorständen zur Genehmigung unterbreitet.

In Haarlem hat sich der dort seit dem Jahre 1868 vegetierende örtlich ethnographische Verein „De Phenix“ aufgelöst. Die älteren Mitglieder dieser Vereinigung haben sich bereits dem Typographenverband angeschlossen. Daß unter den holländischen Buchdruckern der Organisationsgedanke immer mehr Fortschritte macht, geht aus dem Umstande hervor, daß in den Orten Dalfsen, Doesburg, Kampen und Enkhuisen sich je eine Abteilung des Typographenverbandes gebildet hat. Der gute Geist unter den Mitgliedern birgt dafür, daß auch an diesen Plätzen in nicht allzu ferner Zeit praktische Organisationsarbeit geleistet werden wird.

**Italien.** In Mailand wurde vor kurzem ein internationaler Wettbewerb veranstaltet zur Erlangung eines Entwurfs für ein modernes Buch. Die Preisrichter verlesen dem Schriftsteller Konhäuser in Velschen als Preis 100 Lire (Gehalt des Vereins „Augusto“ in Turin) und die goldene Medaille (Gehalt der Stadt Turin). Dieser Erfolg eines Berufsgenossen ist um so erfreulicher, als sonst im allgemeinen die Geistesarbeit, dem Entwurf des Künstlers vor dem des Fachmannes den Vorzug zu geben. Die Ausstattung eines modernen Werkes oder eines Ausstellungskataloges scheint heute vielen Auftraggebern nahezu unmöglich, wenn nicht ein namhafter Künstler daran mitwirkt.

**Rußland.** Ein Streit um die Frage Berufsverband oder Industriefverband? löst gegenwärtig unter den baltischen Bucharbeitern und hat leider bereits zur organisatorischen Zerstückelung beigetragen. Das ist natürlich doppelt bedauerlich und verurteilenswert in einem Lande, dessen Behörden eifrig bestrebt sind, jede freirechtliche Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse zu gewalttätigen niederzuschlagen. Wie wir in Nr. 120 berichteten, wurde vor einiger Zeit der „Professionelle Verein der Arbeiter der Druckindustrie für das Baltikum“ mit dem Sitz in Riga gegründet. Dieser Gründung eines Industriefverbandes brachte indes die Mehrheit der Rigaer Buchdruckergehilfen keine Sympathie entgegen; sie verlangte eine Trennung der Buchdrucker und Buchbinder und machte dafür gewichtige Gründe geltend, deren Stichhaltigkeit früher auch vom „Neuen Baltischen Bucharbeiter“ anerkannt wurden. Noch in seiner Nummer vom 20. August (2. September) d. J. nahm dieses Organ in überzeugender Weise gegen den Industriefverband Stellung, dabei auf die reichlichen Erfahrungen im aufgelösten „Professionellen Vereine der Arbeiter der graphischen Künste“ und auf die Verhältnisse des baltischen Buchgewerbes wie auch auf die derzeitigen politischen Verhältnisse fußend. Es wurde in jener Nummer u. a. ausgeführt: „Ein solcher Industriefverband würde gegenüber der Berufsorganisation kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt sein und hätte keine lange Lebensdauer zu erwarten. . . Alle erwähnten Gründe in Betracht ziehend, kommen wir zur Überzeugung, daß für uns noch nicht die Zeit zur Gründung eines graphischen Industriefverbandes gekommen ist. Welche Vorteile kann uns denn eine Organisation bieten, die in Wirklichkeit ein „großer Kopf auf schwachem Körper“ wäre? . . .“

Da es jedoch in der Gründungsversammlung des Druckindustriearbeitervereins wider Erwarten und durch Verkettung verschiedener Umstände es dennoch bei einem Industriefverbande blieb, schreibt die Mehrzahl der Rigaer Buchdruckergehilfen zur Gründung eines Berufsverbandes unter dem Namen „Professioneller Baltischer Typographenverein“, in welchem nur wirkliche Berufsangehörige und deren Lehrlinge aufgenommen werden sollen. Dieses Vorgehen hat allerdings den Beifall des „Neuen Baltischen Bucharbeiters“ nicht gefunden, denn in seiner letzten Nummer bezeichnet er die Gründer des Berufsverbandes, unter denen sich um die Allgemeinheit sehr verdiente Kollegen befinden, sogar als Gelbe. In den nächsten Wochen wird in Riga unter dem Namen „Baltische Typographia“ ein für die Interessen der baltischen Buchdrucker und deren verwandte Berufe bestimmtes neues Organ zu erscheinen beginnen, als dessen verantwortlicher Redakteur Kollege Fr. Hoffmann (ehemaliger Vorsitzender des „Rigaer Vereins der im Buchgewerbe Tätigen“ und bisheriger Mitarbeiter des „Neuen Baltischen Bucharbeiters“) und als Herausgeber Kollege S. Schütze gezeichnet werden. Zur vorläufigen Aufklärung und als kurze Entgegnung auf die letzte Nummer des „Neuen Baltischen Bucharbeiters“ wurde von den Gründern des „Professionellen Baltischen Typographenvereins“ an die Kollegen des Baltikums in den vier Landesprachen ein Flugblatt verfaßt.

Wir lehnen es vorderhand ab, in diesem Bruderkrige zugunsten der einen oder andern Partei Stellung zu nehmen,

solange die Lage nicht geklärt ist, als dies bis jetzt der Fall. Außerdem ist der „Korr.“ nicht der Ort, an dem die organisatorischen Zwistigkeiten zwischen den beiden ausländischen Verbänden ausgefochten werden können. Vom Vorstand des „Professionellen Vereins der Arbeiter der Druckindustrie“ ging uns ein Schreiben zu, worin behauptet wird, daß im Berichte des „Korr.“ über die Gründungsversammlung des „Industriefverbandes“ einige wichtige Tatsachen entsetzt wiedergegeben worden seien. Es heißt in diesem Schreiben u. a.: „Bis zur Gründungsversammlung hatten sich 430 Mitglieder gemeldet, davon 336 Buchdrucker, 33 Buchbinder, 23 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, 36 Lehrlinge, ein Initiierer und ein Zinkograph. An den Vorstandswahlen beteiligten sich bis zu 114 Personen. Wenn wirklich nur zwei Tausend Buchdrucker mitgestimmt hätten, so hätten diese doch nicht 11 Buchdrucker (von im ganzen 15) zu Vorstandsmitgliedern wählen können. Falsch ist auch die Mitteilung, daß die Rewaler und Dorpater Kollegen einen besondern Verein gründen werden. Die Rewaler Kollegen sind schon unsern neuen Vereine beigetreten und die Dorpater sind entschieden gegen einen Gehilfenverein. In den Druckorten Rewal, Wenden, Schloß und Libau sind schon Abteilungen des Vereins eröffnet und von einer Strömung gegen den graphischen Industriefverband kann keine Rede sein.“ Die letzt-erwähnte Nummer des „Neuen Baltischen Bucharbeiters“ beschäftigt sich gleichfalls mit der Berichterstattung des „Korr.“ über die Gründungsversammlung. Die im Bericht angeführten Ziffern werden auch dort als entsetzt bezeichnet. Unser Rigaer Korrespondent, auf dessen Objektivität wir natürlich in der ganzen Sache angewiesen sind, schreibt dazu: „Abgesehen davon, daß die im Bericht angeführten Zahlen als annähernde bezeichnet wurden, haben auch die vom „Neuen Baltischen Bucharbeiter“ gebrachten Ziffern auf Richtigkeit keinen Anspruch. Das hier öffentlich zu betonen, muß aus dem Berichterfasser unabhängigen Gründen unterbleiben. Der „Neue Baltische Bucharbeiter“ weist des ferneren darauf hin, daß ein Buchdrucker in den Vorstand gewählt wurde; aber gerade die Zusammensetzung des Vorstandes beweist am besten, daß dessen Mitglieder in der Mehrzahl von Buchbindern, Hilfsarbeitern, Hilfsarbeiterinnen und Lehrlingen gewählt wurden. Wenn es kann als absolut ausgeschlossen gelten, daß Buchdrucker an die Spitze des Vereins so bekannte Gegner des Tarifs bzw. der Lehrlingskassa und der Lehrzeit gestellt hätten, wie solche der Vorliegende und der Sekretär sind. Beide haben mit großem Eifer und unentwegt dahin gestrebt, die Lehrlingskassa aus dem Tarif auszunutzen, und wollten sogar ausdrücklich es den Prinzipalen anheimstellen, Lehrlinge in beliebiger Zahl zur Beschäftigung. Gleichfalls wäre von einer Majorität von Buchdruckern niemals ein Kollege zum Protokollführer gewählt worden, der erheblich unter dem tariflichen Minimum arbeitet. Trotz aller Rechenexempel des „Neuen Baltischen Bucharbeiters“ bleibt die Tatsache bestehen, daß das „Vorgehen der Rigaer Buchdrucker, dem begründeten Industriefverbande fernstehend und Anhänger einer Berufsorganisation ist, und zwar aus Gründen, die im „Neuen Baltischen Bucharbeiter“ ausführlich und eindringlich den baltischen Bucharbeitern vor Augen geführt wurden. Von den sechs Vorstehenden der früheren geschlossenen baltischen Buchdruckerorganisationen, die auch dem vorigen Verband angehörten, ist nur noch einer beim jetzigen Industriefverbande, von den sechs Delegierten der letzten Rigaer Tarifverhandlungen gehört keiner demselben an. Austritte sind auch schon aus der Verwaltung des Vereins erfolgt.“

Nach den Daten der Fabrikinspektoren werden von reichlich 50 Proz. der Arbeiter Rußlands Überstunden geleistet. Die Gewerbeinspektion der Kiewer Allrussischen Gewerbeausstellung macht nun bekannt, daß von den Kiewer Goldschmieden 99 Proz. und von den Buchdruckern 97 Proz. Überstunden leisten. Zu diesem Überstundenunwesen ergreift nun ein Kollege im Petersburger Buchdruckerorgane „Nowoje Petschatnoje Djelo“ das Wort und führt aus, daß auch von den Petersburger Buchdruckern mindestens die Hälfte Überstundenarbeit leistet. Indem der Schreiber gegen diesen abnormalen Zustand zu Felde zieht, fordert er alle Kollegen, die mit ihm in dieser Hinsicht eines Sinnes sind, auf, dem Petersburger Professionellen Vereine beizutreten.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Bezirk Aachen.** Unsere letzte diesjährige Bezirksversammlung fand am 16. November in Schweiler statt. Vorsitzender Andreas Wilms erstattete den Situationsbericht, während Kassierer Hagen zum gedruckt vorliegenden Kasfenberichte nähere Erläuterungen gab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Vortrag unseres zweiten Gausvorstehers Vertram (Aöln) über: „Die christlichen Gewerkschaften, ihre Werte und Taten.“ Die Vorträge in der Arbeiterbewegung aus jüngerer Zeit gaben dem Referenten reichlich Gelegenheit, sein Thema zu einem interessanten zu gestalten und die Versammlung bis zum Schluß zu fesseln. Lebhafter, wohlverdienter Beifall wurde dem Referenten zuteil. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die aufbelebte und anregend verlaufene Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Koch auf den Verband geschlossen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Aachen statt.

**Darmstadt.** Am 10. November fand im „Gewerkschaftshaus“ eine außerordentliche Versammlung statt, wozu Kollege Karl Helmholz (Leipzig) als Referent erschienen war. Bezirksvorsitzender Knoblauch eröffnete mit einleitenden Worten die Versammlung und erteilte hierauf dem Referenten das Wort zu seinem Vortrage:

„Welche gewerkschaftlichen Aufgaben stellt uns die Zeit?“. Dieser führte uns in seinem Vortrag alle gewerkschaftlichen Aufgaben, welche uns gegenwärtig und in der nächsten Zukunft bevorstehen, vor Augen. Der sehr lehrreiche und interessante Vortrag, worin alle Einzelheiten der uns bevorstehenden gewerkschaftlichen Aufgaben einer gründlichen und sachlichen Erörterung unterzogen wurden, endete mit einem Appell an die Mitglieder, sich recht rege an der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu beteiligen und fand den ungeketteten Beifall der Versammlung. Nach einem Schlussworte des Vorsitzenden, welches im Einverständnis mit dem Vorgelegten gehalten war, wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen.

**Duisburg.** Die am 15. November abgehaltene Monatsversammlung befaßte sich nach Aufnahme eines jungen Kollegen mit den Wahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse. Der Vorsitzende Patelski konnte feststellen, daß bei der diesmaligen Wahl unsere Kollegen in jeder Beziehung ihre Pflicht getan hätten. Daß es den Gegnern gelungen sei, einen kleinen Vorsprung zu erreichen, sei auf deren perfide Kampfesweise zurückzuführen. Der „Mischmasch“ (Christliche, Nationale, Kirch-Druckerische, Gelbe, katholische und evangelische Arbeitervereine, Frauenvereine usw.) sei vor den verworlichsten Mitteln nicht zurückgeschreckt. Trotzdem hätten wir unsere Stimmenzahl um 500 vermehrt. Große Heiterkeit erregte in der Versammlung die Verlesung eines Briefes, den der starke Mann des hiesigen „Leinen Ortsvereins“, Wynnhoff, an einen jungen Kollegen geschrieben hatte, um diesen zum Übertritt in die Reihen derer zu bewegen, die, wie es in dem Schreiben heißt, „ihre Vaterland lieben, Ehren und Altar beschützen. Männer ohne Furcht sind“ usw. Besonders dauerte dem Vorsitzenden der gelbe Reiter die Jugend und Unerfahrenheit unserer Kollegen, wobei zu bemerken ist, daß der Herr Vorsitzende selbst erst vor drei Jahren die Stillschloße ausgezogen hat. Unser Kollege blieb dem „Ratgeber“ die nötige Antwort nicht schuldig und verbat sich für alle Zukunft derartige Beschäftigungen. Augenblicklich soll tiefe Trauer im Lager der Bundesjuglinge herrschen. Man hatte sich schon so sehr auf das Gelingen getreut, welches der Vorstand aus Anlaß der „Freienrettung“ spendieren wollte. Der sodann vom Kollegen Messelhut erstattete Kasfenbericht ergab am Schluß des dritten Quartals einen Kasfenbestand von 866,22 Mk. Die darauf erfolgte Abrechnung vom Stiftungsfest ergab ein Defizit. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Rückblick über das in allen Teilen gut verlaufene Fest gegeben, erstattete Kollege Ehlers den Kartellbericht, an den sich eine kurze Debatte anschloß.

**F. Hanau a. M.** Die am 9. November in Gelnhausen abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen; aus Hanau waren 47, Mischschaffsburg 8 und Gelnhausen 3 Mitglieder sowie verschiedene Kollegen als Gäste erschienen. Mit der Begrüßung unseres Gausvorstehers G. Fuhs' (Mannheim) eröffnete Vorsitzender Weisbrod die Versammlung. Neu aufgenommen wurde ein Kollege. Kollege Raufenberger erstattete den Kasfenbericht. Infolge Unpäßlichkeit unseres Gausvorstehers konnte das vorgelegene Referat nicht zur Ausführung kommen. Eine Beschwerde der Schlichter Kollegen fand insofern rasche Erledigung, als die Antragsteller nicht anwesend und die Versammlung mit den getroffenen Maßnahmen des Vorstandes sich einverstanden erklärte. Ferner wies der Vorsitzende auf zwei Schiedsgerichtsursprüche hin, welche zugunsten der Gehilfen entschieden wurden. Einige interessante Vorkommnisse in der Firma G. Seydt Nachf. brachte ein Kollege zur Sprache. Mit einem Koch auf den Verband schloß der Vorsitzende die sachlich verlaufene Versammlung. — In einer außerordentlichen Versammlung am 8. November hielt unser „Korr.“-Redakteur Helmholz (Leipzig) einen Vortrag über das Thema: „Welche gewerkschaftlichen Aufgaben stellt uns die Zeit?“. In seinem wohlgedachten und leicht verständlichen Referate berührte er alle im Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses stehenden Fragen und präziserte unsere Stellungnahme als Verbandsmitglieder hierzu. Der Referent erteilte für seine interessanten Ausführungen reichen Beifall. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen; ein Zeichen, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war. Mit dem Wunsch, das Gehrte sich zu Herzen zu nehmen, schloß Vorsitzender Weisbrod die Versammlung.

**Heidelberg.** „Welche gewerkschaftlichen Aufgaben stellt uns die Zeit?“ lautete das Thema eines Vortrags, den „Korr.“-Redakteur Karl Helmholz in der am 11. November abgehaltenen, gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung unseres Bezirksvereins hielt. Von einer Wiedergabe des Vortrags kann abgesehen werden; doch sei betont, daß es der Referent verstand, mit seinen Ausführungen die Aufmerksamkeit der Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Eine sich anschließende kurze Diskussion nötigte ihn, nochmals das Wort zu ergreifen, wobei er Behauptungen eines Diskussionsredners gründlich widerlegte. Der Vorsitzende Schneider dankte sodann dem Kollegen Helmholz für seinen interessanten Vortrag und schloß mit der Mahnung, das Gehörte zu beherzigen und danach zu handeln, die Versammlung.

**Süßesheim.** In der Ortsvereinsversammlung am 15. November wurde zunächst die Aufnahme eines Kollegen dem Gausvorstand empfohlen. Sodann nahm der Vorsitzende Veranlassung, dem Kollegen Bruno Drechsler zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche des Ortsvereins auszusprechen. Die Abrechnung der Dr. Halle vom dritten Quartal ergab einen Überschuss von 72,10 Mk. Hierbei rügte man das späte Abbleiben der Beiträge einiger Druckerhelfer sowie das

Defektantenwesen. Unter „Tariflichem“ wurde von der Regelung einiger tariflicher Verträge bei einer hiesigen Firma Kenntnis genommen und gleichfalls dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß nunmehr auch die betreffenden Gehilfen sich unsern Reihen anschließen möchten. Recht eingehend kam der Tarifkonflikt in Bodechem zur Sprache. Den dortigen Kollegen wurde für ihr Verhalten vollste Anerkennung gezollt. Den Karstellbericht erstattete Kollege Richter in ausführlicher Weise. Ein Antrag, der Zentralratifikation der Gewerkschaften für Neuanstellungen und Ergänzungen 15 Mk. zu bewilligen, fand gegen drei Stimmen Annahme. Nachdem Vorsitzender Freutel noch auf den am 5. Dezember im „Gewerkschaftshaufe“ vom Arbeiterbildungsausschuß arrangierten Lichtbildervortrag empfehlend hingewiesen hatte, erfolgte Schluß der gutverlaufenen Versammlung.

Sonneberg (S.-M.). Nach langen Jahren und nach mühevoller Arbeit ist es endlich gelungen, auch die Gehilfen der größten Firma in unserm Orte für den Verband und die Firma selbst für die Tariftgemeinschaft zu gewinnen. Infolgedessen regelte der Inhaber der Firma Gräbe & Seher, Herr Anton Seher, in anerkennenswerter Weise die tariflichen Wünsche seines Personals und erhöhte die Löhne einzelner Gehilfen freiwillig bis zu 3 Mk. über Minimum. Nach mehreren vorhergegangenen Besprechungen mit den uns seither noch fernstehenden Kollegen fand eine außerordentliche Versammlung statt, zu welcher erfreulicherweise die Mehrzahl der Gehilfen der Firma Gräbe & Seher erschienen war. Außerdem waren noch anwesend Bezirksvorsitzender Wessmann und Bezirkskassierer Florisch (Koburg). Nach Eröffnung der Versammlung leitens des Vorsitzenden Stein erlesite dieser dem Bezirksvorsitzenden Wessmann das Wort zu seinem Vortrage: „Das Buchdruckgewerbe in technischer und gewerkschaftlicher Entwicklung“. In seinen Ausführungen verstand es der Redner, die Entwicklung des Buchdruckgewerbes sowie den ganzen Werdegang des Verbandes den Zuhörern vor Augen zu führen, wofür er reichen Beifall erzielte. Anschließend gab Bezirkskassierer Florisch noch einige Erläuterungen über das Unterfertigungsweesen des Verbandes. In der darauffolgenden Diskussion wurden seitens der Erschienenen noch einige Anfragen gestellt, die vom Kollegen Wessmann in befriedigender Weise beantwortet wurden. Daraufhin meldeten sich 12 Kollegen von 14 dorrstehenden zum Verbands. Nach einer kurzen Begrüßung als neue Verbandsmitglieder schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung mit einem Such auf den Verband. Es ist somit in Sonneberg ein erfreulicher Fortschritt unserer Organisation und des Tariftgemeinschaftsgedankens zu verzeichnen. Kürzlich wurde auch die Gründung einer Ortsvereinsbibliothek beschlossen. Ortsvereine, die im Besitz überflüssiger oder doppelter Bücher sind, bitten wir an dieser Stelle um deren freundliche Überlassung. Erwähnenswert ist schließlich noch, daß der Gutenbergbund die jetzt in den Verband eingetretenen Kollegen mit seinen Schmuckstrichen gegen unsere erprobte Organisation „beglückte“. Die richtige Antwort auf diese Zerplitterungsbekämpfungen ist den Mitgliedern nun zuteil geworden.

Würgburg. Am 15. November fand eine gutbesuchte Versammlung trotz des Kirchweihnachtsabends statt. Vier Aufnahmen wurden vollzogen, und zwar zwei Neuaufgenommene, eine Neuaufnahme und eine Wiederaufnahme. Die Abrechnung pro drittes Quartal fand deßhalbte Genehmigung. Hierauf hielt Gemeindevollmächtigter Felix Freudenberger ein Referat über: „Rosenow als Dichter“. Unter den modernen Dichtern sei Rosenow als einer der bedeutendsten zu nennen, der zu großen Hoffnungen berechtigt haben würde, wenn ihn nicht der Tod im jugendlichen Alter von 33 Jahren heimgeläch hätte. Da Rosenow der Allgemeinheit weniger bekannt ist, und weil er dort anzukommen wußte, wo andre verlagten, wenn es galt, die Verhältnisse des Volkes in naturgetreuer Plastik wiederzugeben, deshalb hatte sich Referent gerade ihn zum Thema gewählt und seinen Zuhörern Gelegenheit gegeben, unterstützt durch Zitate aus „Die im Schatten leben“ u. a., die auch in unserm Gewerbe nur leider zu bekannte Figur des Bolonars durch die Brille eines modernen Dichters in ihrer wahren Gestalt kennen zu lernen. Der reiche Beifall der Anwesenden möge dem Referenten ein Beweis dafür sein, daß sein Vortrag gefallen und Wiederhall gefunden hat. Auch an dieser Stelle sei ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen. Ein Antrag auf bessere Ausgestaltung des Rapportzeitels wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der Rapport als Mitteilung an die Kollegen seinen Zweck vollkommen erfüllt und bei technischer besserer Ausführung eventuell auf besserem Papier nur unnötige Mehrausgaben verursachen würde. Als Weihnachtsvergügen wurde eine Maschine mit Unterfertigung des Kollegengangsvereins für den zweiten Feiertag beschlossen. Die am hiesigen Orte beliebte schamlose, aber unfruchtbare Agitation des Gutenbergbundes fand in der Versammlung geübende Erwähnung und soll im allgemeinen Interesse auch an dieser Stelle tiefer gehängt werden. Ein den Lehrjahre kaum entschlossener Buchdrucker sucht seit einiger Zeit Lehrlinge und selbst ältere Gehilfen, die ihm ihrer religiösen Anschauung entsprechend genehm zu sein schelnen, in der Wohnung auf und verzapft als Zugmittel die unwahre Behauptung, daß zwei ehemalige junge Verbandsmitglieder, die jetzt in der Kugelfabrik Schweinfurt arbeiten, nur deshalb keine Beschäftigung als Seher erhalten konnten, weil sie dem Verband und nicht dem Gutenbergbunde beigetreten seien. Jeder, der sich dem Gutenbergbunde verschreibe, erhalte im „Fränkischen Volksblatt“ (Zentrumsorgan) dauernde Kunst, natürlich auf Kosten der dort beschäftigten Verbandsmitglieder. Wie strupplos der Gutenbergbund auf Mitgliederfang ausgeht, mag auch folgende wahre Begebenheit illustrieren. Ein nicht mehr junger Kollege mit Familie (keiner Organisation angehörig) hat hier Kondition in einer kleinen Druckerei angetreten ohne

vorherige genügende Informierung; die Druckerei ist tarifunfrei, der Kollege wußte sich aber durch Tarifamtsentscheid seine Tarifreue zu bewahren. Eines Tags erschien in seiner Wohnung ein ihm völlig unbekannter Mensch, der ein Loblied auf den Gutenbergbund in allen Variationen sang und u. a. auch eine Kunst mit 10 Mk. über Minimum in Aussicht stellte; wenn man sich selbstverständlich zum Beitritt in den Gutenbergbund verpflichtete. Nun ist aber die Sache sehr faßlich: entweder war der nette Herr so dumm, anzunehmen, daß seiner dreifachen Behauptung Glauben geschenkt würde, oder aber — angenommen seine Mitteilung hätte den Vorzug der Wahrheit — ist unter den Gutenbergbündlern nicht einer vorhanden, der technisch befähigt wäre, die als Lochmittel angebotene Stelle zu bekleiden. Es sagt jedenfalls genug, wenn man mit solch „faßlichen“ Kniffen operieren muß, um dem alleinseigmachenden Gutenbergbund auf die Beine zu helfen.

## ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Meisterprüfungen. Vor der zuständigen Handwerkskammer legen die Kollegen Peter Böhrer in Weiden (Oberpfalz), G. Biemel, H. Hauschek, E. Lindner und R. Wiesler, sämtliche in Breslau, sowie Armin Fuß in Chemnitz die Meisterprüfung ab.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Bei der Festsetzung der Eintrittspreise für die Internationale Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914 hat sich die Leitung der Ausstellung gesagt, daß hier nicht finanzielle Rücksichten allein maßgebend sein dürften, sondern daß bei einer Kulturveranstaltung es vor allem darauf ankomme, durch niedrige Eintrittspreise das wertvolle und schöne Material möglichst allen leicht zugänglich zu machen. Aus diesem Grunde sind die sonst bei Ausstellungen üblichen Eintrittspreise wesentlich herabgesetzt worden, und auch bei einem Vergleiche mit der diesjährigen Bauhausausstellung in Leipzig zeigt sich, daß eine Ermäßigung auf fast alle Eintrittskarten eingetreten ist. Die Eintrittspreise sind demnach im einzelnen folgende: Eine Stammdauerkarte für den Haushaltungsvorwand kostet 12 Mk., eine Nebendauerkarte für Damen 10 Mk., eine Dauerkarte für Studenten 5 Mk. Für alle Anschließkarten wurde der Einheitspreis von 5 Mk. festgesetzt. Nebendauerkarten werden für Frauen und minderjährige Söhne sowie für zum Haushalte zählende unverheiratete Töchter ausgegeben, doch ist für die Familie mindestens eine Hauptkarte zu lösen. Bei ledigen Geschwistern, die einen gemeinschaftlichen Haushalt führen, können sämtliche Personen Nebenkarten zum Preise von 5 Mk. erhalten, wenn für den Vertreter des Haushalts eine Hauptkarte gelöst wurde. Der Preis für eine Tageskarte beträgt für die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends 1 Mk., von 7 Uhr abends ab 50 Pf. An billigen Tagen ist der Eintrittspreis von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends auf 75 Pf., von da ab auf 30 Pf. festgesetzt worden. Kinder unter 14 Jahren zahlen bei allen Preisen die Hälfte. Außer diesen Karten werden noch besonders ermäßigte Karten für Kongresse und Vereine ausgegeben, ferner Karten für das Arbeitspersonal von Fabriken und Großbetrieben. Vereine zahlen für den einmaligen Eintritt 50 Pf., für eine Karte, die drei Tage Gültigkeit hat, 1,50 Mk., für eine Wochenkarte 3 Mk., wenn mindestens 30 Karten auf einmal für den gleichen Zweck gelöst werden. Inhaber von Fabriken und Großbetrieben zahlen für ihre Arbeiter bei Entnahme von mindestens 20 Karten 50 Pf. Karten für Schulen und für Militär in geschlossenen Gruppen unter Führung eines Lehrers oder Vorgesetzten werden mit 20 Pf. berechnet.

Stimmung technischer Fortbildungsbekämpfungen durch Unternehmer. Die „Buchdruckerwoche“ bringt in ihrer Nr. 94 aus Würzburg folgenden Bericht: „Auf Antrag der hiesigen Buchdruckereibekämpfungsvereinigung, die 560 Mk. beizulieferen sich bereit erklärt hatte, beschloß der Stadtmagistrat für die Buchdruckerschule die Anschaffung einer Tiegeldruckpresse für 960 Mk. Im Gemeindefollegium wurde indessen die Bewilligung abgelehnt, nachdem eine inzwischen bei mehreren größeren Druckereien veranstaltete Umfrage ergeben hatte, daß man in solcher Anschaffung den ersten Schritt zu einer Lehrwerkstätte erblicken müsse. Die Fortbildungs- und Fachschulen erfüllen ihren eigentlichen Zweck, wenn sie dem Lehrlinge für ein späteres Fortkommen als Gehilfe und Handwerker die nötigen theoretischen Kenntnisse vermitteln; die praktischen Handgriffe in der Bedienung der Maschinen hat der Lehrling jedoch zweckmäßigerweise einzeln und allein in der Werkstätte zu erlernen, während jeder Beruf, die Praxis in die Schule zu verpflanzen, vom gesamten Handwerkerstand auf das schärfste bekämpft werden muß und wird. Wenn demnach der Lehrplan der Fachschule einen solchen, von einseitigen Fachleuten anerkannt nutzlosen und jedenfalls mit größerem Zeitaufwande betriebenen Anschauungsunterricht enthält, so können durch Wegfall dieses Anschauungsunterrichts die dafür angelegten Stunden eingespart werden. Gibt doch die Praxis im Maschinenbau der Druckerei dem Lehrlingen und wüßbegierigen Lehrlingen in rationalerer Weise Gelegenheit, sich gute Fachkenntnisse anzueignen. Die dadurch eingesparte Zeit könnte anderseits für die Fortbildungsschule verwendet werden, da die Lehrlinge ohnehin durch den stets wachsenden Lehrstoff der Fachschule an zwei Werktagen jeweils drei Stunden dem praktischen Betrieb entzogen werden, während früher diese Stunden auf Sonntagvormittag und Werktagsabend gelegt wurden. Sollten die Bekämpfungen um sich greifen, die Lehrlinge dem Geschäft und damit der beruflichen praktischen Bildungstätigkeit jedes Gewerbes mehr und mehr ent-

ziehen und besonders die mittleren Gewerbetreibenden schädigen, so wäre es wirklich nicht verwunderlich, wenn mancher Prinzipal ernstlich den Gedanken eröndigen würde, überhaupt keine Lehrlinge mehr zu halten, sondern deren Heranbildung einzig und allein der Schule zu überlassen, da der Lehrling ja schließlich mit der Zeit fast mehr in der Schule als im Geschäft zu finden ist. Die neuen Bestimmungen schreiben Lehrlings-, Gehilfen- und Meisterprüfungen und den Berechtigungsbescheid zum Anstellen von Lehrlingen vor: man soll es deshalb auch die betreffenden Organe überlassen, den Lehrlingen gediegene praktische Kenntnisse beizubringen, womit dem Handwerk wohl besser gebient ist als mit schulpfaktischen Demonstrationen.“ Demnach war also der Würzburger Prinzipalverein gewillt, der dortigen städtischen Buchdruckerschule zur Anschaffung einer Tiegeldruckmaschine finanziell und damit selbstverständlich auch prinzipiell beihilflich zu sein. Zweifellos wäre bei Verwirklichung dieser Idee der bisherige und zukünftige theoretische Unterricht der Fachschule durch sachgemäße Anleitung auf praktischem Gebiete sehr wesentlich unterstützt worden und damit auch wertvoller geworden, und zwar nicht nur im Interesse jener Lehrlinge, die in ihrer Lehrdruckerlei nur mangelhaft oder einseitig ausgebildet werden, sondern auch im Interesse technisch vorwärtsstrebender Gehilfen, denen dadurch Gelegenheit geboten worden wäre, ihre Kenntnisse nach Feierabend in praktischen Übungskursen im Interesse des Gesamtgewerbes noch wesentlich zu erweitern. Mit einer solchen Erweiterung der Fachschule hätte die Würzburger Stadtverwaltung nur getan, was viele andre deutsche Städte schon längst als zweckmäßig erkannt haben. Nun sind aber einige Buchdruckereibekämpfer diesem praktischen Ausbau der Würzburger Buchdruckerschule hemmend in den Weg getreten, weil sie fürchten, daß ihnen dadurch die Ausübung der Arbeitskraft ihrer Lehrlinge durch Einschüpfung oder Erweiterung von obligatorischem Tagesunterricht in der Fachschule beschneidet werden könnte. Das ist der Kernpunkt der ganzen Darlegung in der „Buchdruckerwoche“, und damit hat sich der Teil der Würzburger Buchdruckereibekämpfer, der die Ablehnung der geplanten Erweiterung des Fachschulunterrichts zustande gebracht hat, aus egoistischen Motiven eine Semmung der technischen Fortbildungsbekämpfungen zuzuschreiben kommen lassen, die nicht nur sachlich unberechtigt, sondern auch prinzipiell als reaktionär zu beurteilen ist. Daß leider das Gemeindefollegium diesem fortschrittsfeindlichen Treiben im Gegensaße zu dem Vorschlage des Stadtmagistrats und dem Verhalten der Würzburger Buchdruckereibekämpfer Rechnung getragen hat, gereicht diesem um so weniger zur Ehre, als diesbezügliche Erfahrungen in andern deutschen Städten auf diesem Gebiete nur Vorteile für die Lehrlinge des Buchdruckgewerbes erkennen lassen. Besonders die müßiggeligen Erfolge der Münchner Buchdruckerschule, die nicht von so engherziger und zünftlerischen Gesichtspunkten aus eingerichtet, unterhalten und geleitet wird, kann hier als besserer Beweis dafür dienen, wie wenig einseitig und wie rückwärtsdenkend die in Frage kommenden Ratgeber des Würzburger Gemeindefollegiums einzuschätzen sind.

Das „Schwarze Kreuz“ in Breslau. Unter Notizen in den Nr. 118 und 123 über das „Heimathaus Schwarzes Kreuz“ in Breslau, in welchem Obdachlose Unterkunft und u. a. auch in einer Druckereibekämpfung vorübergehend Beschäftigung, aber selbstverständlich keine tariflichen Verhältnisse finden, bedarf noch durch Abdruck folgender „Politikaler Warnung“ der Ergänzung. Vom Breslauer Politikpräsidenten ist nämlich erst dieser Tage ein Schreiben folgenden Wortlauts verfaßt worden: „Der frühere Kaufmann Willi Dietrich aus Breslau hat hierorts, Hinterbleiche Nr. 1, unter der Bezeichnung „Heimathaus Schwarzes Kreuz“ ein zur Aufnahme Obdachloser bestimmtes Wstl errichtet. Die Mittel zu seiner Unterhaltung beschafft sich Dietrich in der Hauptfache durch den Vertrieb von Druckschriften, die er selbst verfaßt hat und die zuweilen Beleidigungen gegen Behörden und Geistliche enthalten. Zum Vertriebe der Druckschriften sucht er durch Anrufe in den Zeitungen sich möglichst viele Mädchen dienstbar zu machen unter der Vorpiegelung, daß sie bei gutem Einkommen auch als Krankenschwestern ausgebildet würden. Nach den bisherigen Erfahrungen werden aber diese Mädchen im wesentlichen nur mit dem Verkaufe der Druckschriften beschäftigt.“ Um den Anleihen zu erwecken, daß es sich um ein behördlich anerkanntes Wohltätigkeitsunternehmen handelt, kleidet Dietrich die sich meldenden Mädchen in eine Gewandung ein, die der Kleidung der Schwestern vom Roten Kreuze gleicht, nur fragen die von Dietrich beschäftigten Mädchen eine weiß emaillierte Brosche mit einem schwarzen Kreuze, das seiner Form nach ebenfalls der des Roten Kreuzes entspricht. Außerdem tragen sie um den linken Arm eine weiße Binde mit einem schwarzen Kreuze von derselben Form. Dietrich schickt in der Regel zwei bis drei dieser Mädchen an ihn geeignet erscheinende größere Orte, mietet ihnen dort ein Zimmer und läßt sie nach der von ihm erteilten Anweisung durch den Verkauf seiner Schriften und Sammlung milder Gaben die Einwohnerchaft dieser Orte möglichst für sich ausbeuten. Weiben die Einnahmen hinter seinen Erwartungen zurück, dann schickt er die Mädchen zum gleichen Zweck an andre Stellen. Auf diese Weise stehen ihm bedeutende Summen zu, deren Verwendung weder behördlich noch sonst irgendwie überwacht wird. Da Dietrich diesen eine unerlaubte Kollekte darstellenden Schriftvertrieb fortsetzt, trotzdem er deswegen bereits zweimal bestraft worden ist, und ihm auch bekannt ist, daß wegen derselben Abfertigung gegen ihn und eine Anzahl der von ihm beschäftigten Mädchen Ermittlungen schweben, ersuche ich, diesen Schriftvertrieb, falls er auch dort stattfinden oder versucht werden sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, und

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 137 — Leipzig, den 27. November 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

zwar auch in den Fällen, in denen die Schriftverkauferinnen im Besitz eines gemäß § 43 der Gewerbeordnung ausgestellten Reglementationscheines oder eines Wandergewerbecheines sein sollten.“

**Konkurs.** Aber das Vermögen des Buchdruckereibesizers Rudolf Bierhaller in Wernigerode ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die „Sarzeitzung“ in Ballenstedt schreibt dazu noch folgendes: „Die Bierhallerische Buchdruckerei (Firma: Graphische Kunstanstalt vorm. B. Ningerstein) ist bereits 1797 gegründet und erfreute sich bis vor wenigen Jahren eines bedeutenden Rufes. In ihrem Verlag erscheint die Wernigeröder Zeitung und Intelligenzblatt schon im 117. Jahrgange; das Blatt, amtliches Kreisblatt der Grafschaft Wernigerode, ist Eigentum des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode; das Verlagsrecht befindet sich seit kurzer Zeit in den Händen des Zuckerfabrikdirektors S. Steffen in Jarkau bei Glogau. Der Gemeindeführer Rudolf Bierhaller ist seit einigen Tagen verschwunden.“

**Offene Gewerkschaftssekretärstelle.** Nach Serford wird für sofort oder zum 1. Januar 1914 ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Die Bewerber müssen redigierend und mit der sozialen Gesetzgebung (Rechtsauskunftsberatung) wie auch mit allen Gewerkschaftsfragen vertraut sein. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“. Offerten sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis spätestens 6. Dezember an Wilhelm Nadig, Serford, Hermannstraße 32, zu richten.

**Städtetag und Arbeitslosenversicherung.** Nach einem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ hat die Frage der Arbeitslosenversicherung den Vorstand des Deutschen Städtetags in einer neueren Sitzung eingehend beschäftigt. Der Vorstand hat an den Töchtern der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Josen 1911 festgehalten. Folgende Tatsachen sind als besonders bedeutungsvoll festgesetzt worden: Die in großem Umfange von den Städten veranfaßten Hoffstandsarbeiten stellen eine allgemeine Lösung der Arbeitslosenfrage ebensowenig dar wie die jetzt von verschiedenen deutschen Städten durchgeführten Versuche, eine städtische Arbeitslosenversicherung einzurichten. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als Reichs Sache möglich. Auf einen Antrag des Vorstandes des Deutschen Städtetags vom 25. September 1911, der Bundesrat wolle ein Gesetz zur Regelung der Arbeitslosenversicherung, in dem Wettbewerbsgewerben einbringen, ist leider von der Reichsregierung eine Antwort nicht erteilt worden. Auch Reichs- oder Staatszuschüsse zu städtischen Anstalten sind nicht gewährt worden. Ebensowenig ist dem Wunsch einzelner Städte nach Ermächtigung zur Einführung einer Zwangsversicherung durch die Reichsregierung entsprochen worden. Dagegen sind gemeinnützige Arbeitsnachweise, die zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit sehr wirksam beitragen, von Städten in steigendem Maße ausgebaut oder durch Unterstützungen gefördert worden. So gab es beispielsweise in den 123 preussischen Städten mit über 25000 Einwohnern 85 im Jahre 1910, 94 Anfang 1911, 106 Anfang 1912 und 115 Anfang 1913.

**Der Arbeitsmarkt im Oktober 1913.** Eine auffallende Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist im allgemeinen die Signatur des Monats Oktober. Nach dem „Reichsarbeitsblatte“ hat der Beschäftigungsgrad auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte gegenüber dem Vormonat eine Abnahme erfahren, ebenso ist gegenüber dem gleichen Monate des vorigen Jahres im großen und ganzen eine Verschlechterung festzufallen. Der Ruhrkohlenmarkt erlitt einen weiteren Rückgang, in anderen Kohlengebieten waren die Verhältnisse etwas besser. Der Erzbergbau, die Roh-eisenerzeugung und die Kalindustrie waren gut beschäftigt. Stahlwerke und Maschinenbau hatten zwar auch sehr gut zu tun, aber doch nicht so wie im vorigen Jahre. Die elektrische und chemische Industrie behaupteten ihren guten Stand, doch klagten die Baumwollspinnereien und Webereien in ganz Deutschland über schlechte Beschäftigung. Die Holzindustrie hatte in ausgiebigem Maße unter dem Stillstande des Baugewerbes zu leiden. Aber das Buchdruckergewerbe werden im „Reichsarbeitsblatte“ folgende Angaben gemacht: „In den Buchdruckereien Münchens war nach einem Berichte des Vereins Münchner Buchdruckereibesitzer die Beschäftigung sehr stark, aber infolge der Weihnachtsaufträge besser als im Vormonat. In den Druckereien Leipzigs war die Beschäftigung für Seher leidlich, für Drucker geringer. Gegen den Vormonat hat im allgemeinen eine Besserung stattgefunden. Wegen der gleichen Zeit im Vorjahre war die Beschäftigung für Seher die nämliche, für Drucker schlechter. Das Ubergewicht von Arbeitskräften war noch immer sehr groß. Von 530 beim Arbeitsnachweis angemeldeten Sehern erhielten 267 Beschäftigung, von 159 Druckern 90. Am Schlusse des Monats blieben 222 Seher und 57 Drucker arbeitslos, gegen 303 Seher und 77 Drucker im Vormonat und 225 Seher und 12 Drucker im Oktober des Vorjahrs. In den Berliner Druckereien bestand besserer Beschäftigungsgang. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegen den Vormonat um 128 verringert und betrug im Durchschnitt für eine Woche 986 (755 Seher und 231 Maschinenmeister, gegen 1114 im Vormonate). Durch den

gemeinsamen Arbeitsnachweis wurden wöchentlich 83 Seher und 65 Maschinenmeister in Stellung gebracht, 79 Seher und 13 Maschinenmeister fanden im freien Verkehre Arbeit. In Westdeutschland waren die Druckereien im allgemeinen ziemlich gut und besser als im Vormonate beschäftigt. Die für die Weihnachtszeit bestimmten Druckerarbeiten der Verlagsbuchhändler sowie des Handels und der Industrie haben den Betrieben wie jedes Jahr um diese Zeit vermehrte Aufträge zugeführt.“ Für unsern Verband ergab sich im ganzen Reichsgebiete an drei Stichtagen des Oktober eine Arbeitslosigkeit von 5,8 Proz., gegen 6,2 Proz. im Oktober 1912 und 7,4 Proz. im September d. J.; es hat also glücklicherweise eine Entspannung der beängstigenden Situation im September d. J. Maß gegriffen. — Die Berichte der Fachverbände (Gewerkschaften) erstrecken sich auf rund 2 Millionen Mitglieder und stellen eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 2,8 Proz. gegen 2,7 Proz. im September 1913 und nur 1,7 Proz. im Oktober und 1,5 Proz. im September 1912, fest; es ist also eine sehr erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit im allgemeinen zu verzeichnen. — Bei den Arbeitsnachweisen kamen im Oktober 1913 auf je 100 offene Stellen 178 männliche Arbeitsuchende, gegen 160 im September, während sich im Vorjahre die entsprechenden Verhältnisziffern auf 148 im Oktober und 141 im September stellten; bei den weiblichen Personen erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden von 99 im September auf 100 angebotene Stellen auf 122 im Oktober, gegen die entsprechenden Ziffern von 92 und 106 im Jahre 1912. — Die Berichte der Krankenkassen lassen nur für die weiblichen Mitglieder eine Steigerung erkennen, da deren Beschäftigungsziffer um 2,1 Proz. wuchs und die der männlichen sich um 0,5 Proz. verminderte.

## Briefkasten.

G. K. in B.-M.: Aus den von uns in Nr. 132 dargelegten Gründen nehmen wir von einer Veröffentlichung Ihres Artikels zurzeit Abstand. Warte man doch das Weitere ab, dann kann eventuell darauf zurückgekommen werden. Ihr Artikel ist zudem nicht in allen Punkten hieb- und schiefel. — G. C. Sch. in St.: Ganz ungeeignet; die Engländer sind auf den letzten internationalen Buchdruckerkongressen in einer Weise bearbeitet worden, daß die Überlegenheit der Selbsttätigkeit verbleibt. Gläubiger Briefsteller, die englischen Kollegen werden am wenigsten die Leipziger Ausstellung überschwemmen. In Gehilfenkreisen verliert man häufig gleich den Boden unter den Füßen, wenn von der internationalen Buchgewerbeausstellung die Rede ist; aber auch hier muß alles mit klaren Augen und praktischen Sinnen erfaßt werden. — M. L. in B.: Besten Dank für Überlegung; sind indes auf dieses Blatt abonniert. — G. W. in L.-B.: Dankend erbalten. — M. B. in Berlin-Wilmersdorf: Beschäftigen Ihnen den Eingang Ihrer Denkschrift zwecks Gründung eines Herbergvereins in Berlin. Es ist aber unmöglich, das ganze Material so schnell zu studieren, daß in unserer angelegentlichsten Nachbemerkung zu den Artikeln für die reisenden Kollegen darauf noch Bezug genommen werden kann. Zweimal wollen wir uns aber nicht mit dieser Sache befassen, also wird durch erwähnten Umstand unser Schlusswort Hinausschiebung um eine oder zwei Nummern erfahren. — A. S. in K.: Artikel empfangen. Möchten aber von Veröffentlichung absehen, denn das Treiben der Bundesleitung wie der bündlerischen Oberhäupter ließen auf der Tagung der Sozialpolitiker in Düsseldorf oder des „Typ.“ mit seiner gloriosen Entdeckung der vom Verbandsbeabsichtigten gewählten Einführung von schwarzen Listen sind doch schlechlich Dinge, die nicht nur den Verband berühren bzw. nicht nur gegen diesen ausgespielt werden. Trotz unsern starken Vorzügen, uns mit diesen gewerbsmäßigen Schandmalern zu beschäftigen, ist doch immer das Notwendigste gechehen und auch in dieser Nummer wird kurz über mehrere Vorgänge des Erforderliche gesagt. Nehmen wir also von Ihrem Artikel Abstand, dessen Absichten ja anzuerkennen sind; die andre Seite kann vor lauter Gerechtigkeitsschreien doch nicht immer beide Augen zudrücken, um diese Anwürfe und Anrempelungen nicht zu sehen, sie würde sonst gegen sich selbst ungerecht dabei sein. — Nach Köln: Die „Wissenchaft“ des „Kölnner Lokalanzeigers“, der „rote Verband“ habe im ersten Halbjahre 1913 einen „wirklichen Zuwachs“ von nur 120 Mitgliedern gehabt, ist natürlich von einer gewissen Bundesleuchte fabrizierter Schwindel. Unter Anrechnung aller Abgänge ergibt sich vielmehr eine Zunahme von 1774 neuen Mitgliedern für die Zeit vom 1. Januar (67273 Mitglieder) bis 1. Juli (69047). Der „rote Verband“, wie der „Kölnner Lokalanzeiger“ sagt, hat es bekanntlich nicht wie der „Schwarze Untenbergsbund“ notwendig, seine Mitgliederzahl herabzusetzen, weil eine genaue Prüfung der Bücher zu starken Aufschluß ergab; bei uns stimmen die Abrechnungen, während die Angaben für das „Reichsarbeitsblatt“ freilich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben infolge ungenügender Berichterstattung von Seiten der Mitgliedschaften. — E. B. in G.: „Buchbinderzeitung“ (Verbandsorgan) erscheint in Berlin, „Allgemeiner Anzeiger für Buchbinder“ dagegen in Stuttgart. — Nach Wln.-Kl.: Wenn Ihrem Artikel, der die eigentümlichen Praktiken der „Wohlfahrtskassen“ der tariffreien

Firma Bieweg und Sohn in Braunschweig beleuchtet, die gleiche Tendenz zugrunde läge wie dem kleinen Artikel in Nr. 114 des „Korr.“, so würden wir ihn veröffentlichen. Ihre Aufgabe ist es aber nicht, Anregungen zur Reformierung jener richtungsfindigen Kassen zu geben, um damit mehr persönlichen Interessen zu dienen. Wer in Betriebe von der Art des Biewegischen eintritt, der hat eben von vornherein die Konsequenzen dieses Schrittes zu bedenken. Dazu gehört auch der Verlust sämtlicher Rechte aus der Kassenkasse beim Austritt aus der Firma. Wir können den Gehilfen nur immer wieder dringend raten, den „Sagungen“ derartiger Kassen und damit auch der Voraussetzung um Eintreten in solche wie die angezogene in weitem Bogen aus dem Wege zu gehen. — G. S. und O. F. in W.: Für Zuforderungen besten Dank und Gruß. — M. F. in Gushiriken: 2 Mk.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Magdeburg.** Der Drucker Franz Laws (Hauptbuchnummer 13218) wird hiernit erneut aufgefordert, seine hiesigen Verbindlichkeiten zu regeln, widrigenfalls nummehr Anschlussantrag gestellt wird. Die Herren Funktionäre werden ersucht, L. auf diese Notiz hinzuweisen.

**Mainz.** Der Gießer Fritz Bellmann (Hauptbuchnummer 29199, Bosen 444), geb. in Weigmannsdorf in Sachsen, wird um Angabe seiner Adresse an Friedrich Conradi, Bonifatiusstraße 9, ersucht, damit ihm sein Verbandsbuch übermittelt werden kann.

## Adressenveränderungen.

**Eilenburg.** Kallierer: Otto Augustin, Wilhelmstraße 10 III.

**Frankfurt a. M.-Offenbach.** (Verein der Stereoskopieure und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: L. Scherland, Frankfurt a. M., Kabsburger Allee 37.

## Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse.)

In Brückenhau der Seher Bernhard Rehm, geb. in Gräbenfleiter 1894, ausgl. in Seibronn 1913; war noch nicht Mitglied. — In Meinungen der Drucker Heinrich Riedmayer, geb. in Strahburg i. E. 1893, ausgl. da. 1912; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seiz in München, Solzstraße 24 I.

In Kloppeburg der Drucker Karl Brasch, geb. in Schwerin i. M. 1889, ausgl. in Danabridt 1908; war schon Mitglied. — In Fever der Seher Friedrich Faber, geb. in Wilmund 1894, ausgl. da. 1913; war noch nicht Mitglied. — J. Roth in Oldenburg, Wolfstraße 16. In Königsberg i. Pr. die Seher I. Wilhelm Burvig, geb. in Stralund 1881, ausgl. da. 1900; 2. Richard Lange, geb. in Königsberg i. Pr. 1887, ausgl. da. 1905; waren schon Mitglieder. — D. Osterode, Sachheim, Rechte Straße 121 III.

In Magdeburg der Drucker Friedrich Winter, geb. in Osterode a. S. 1871, ausgl. in Seelen a. S. 1890; war schon Mitglied. — In Quedlinburg der Seher Otto Erleben, geb. in Genthin 1895, ausgl. in Joachimshaf 1913; war noch nicht Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Al. Klausstraße 7 I.

In Neustadt a. S. der Seher Franz Seiler, geb. 1881, ausgl. in Karlsruhe in Baden 1899; war schon Mitglied. — Julius Forch, Ludwigstraße 24.

In Strahburg i. E. die Seher I. Alphonse Siret, geb. in Muzig 1889, ausgl. da. 1908; 2. Eugen Frenmel, geb. in Muzig 1894, ausgl. da. 1912; waren noch nicht Mitglieder. — Ernst Kallmich, Freiburger Gasse 3.

## Veranlassungskalender.

**Elberfeld-Barmen.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 30. November, vormittags 10½ Uhr, im Restaurant Senke in Elberfeld, Hofplatz 28.

**Emden.** Versammlung Sonnabend, den 29. November, im „Deutschen Hause“, Neuer Markt 12.

**Friedrichsdorf-Waltershäufen.** Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof“ in Friedrichsdorf.

**Großsch.-Pagan.** Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends pünktlich 8½ Uhr, im Vereinslokal in Großsch.

**Kottbus.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Januar 1914, vormittags 10½ Uhr, in Kottbus im Clublokal Moritz Grill. Beiträge bis 21. September an den Bezirksvorsitzenden.

— Umfänglichster findet die nächste Versammlung des Bezirks Kottbus erst am 13. Dezember im Vereinslokal (Schloß) statt.

**Lübeck.** Versammlung Sonntag, den 30. November, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 46-52.

**Offenbach a. M.** Bezirksversammlung Sonnabend, den 29. November, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Aufstraße 9.

**Potsdam-Neubabelsberg.** Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 29. November, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Königsd.“

**Saizungen-Hebenstein-Bacha.** Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends 7½ Uhr, im Restaurant Koch in Saizungen.

**Siebold.** Generalversammlung Sonnabend, den 29. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal.

**Werdau.** Versammlung Sonnabend, den 29. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal.

★ Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften / Sitz in Leipzig ★

Anfang Dezember erscheint:

# Deutscher Buchdruckerkalender

Mitarbeiter: E. Albrecht (Köln) / D. Baufeld (Leipzig) / Paul Beyerling (Stuttgart) / Oskar Bischoff (Zittau) / Artur Grams (Neufölln) / Emil Hallupp (Magdeburg) / Karl Helmholz (Leipzig) / Willi Krahl (Leipzig) / Albert Massini (Berlin) / Otto Myslau (Leipzig) / Felix Sack (Leipzig) / Charles Schaeffer (Leipzig) / Konradin Schrader (Rostock i. M.) / Die textliche Zusammenstellung erlebte Bruno Dresler, Vorsitzender des V. d. D. L. G. (Leipzig); den Inseratenteil F. Zieme (Leipzig) / Die Ausstattung besorgte der Arbeitsausschuß des Verbandes der Deutschen Typogr. Gesellschaften / Druck von Radelli & Hille (Leipzig)

Inhalt: Zum Geleit und Gruß / Kalendarium / Immerwährender Kalender / Notizkalender mit ausführlichen geschichtlichen Aufzeichnungen / Unsere Toten \* Gewerkschaftliches und Soziales: Der Verband der Deutschen Buchdrucker / Unsere Tarifgemeinschaft / Aufgaben für die Beschif-

ft in ernster Zeit / Arbeitslosenfürsorge / Die Buchdruckerberufsgenossenschaft / Die deutschen Gewerkschaften / Wirtschaft und Masse / Aus Gesetz und Recht / Einkommensteuertarife für Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen-Weimar-Eisenach / Monatschau aus aller Welt \* Technische Rundschau: Fachtechnische Fortbildung / Warum ist die berufliche Fortbildung eine Notwendigkeit? / Sachtechnische Fortschritte / Vom Sechsmaschinenwesen / Wissenschaftlicher Sach / Fremdsprachlicher Sach / Stereotypie und Galvanoplastik / Kalkulatorischer Selbstbetrug / Anleitung zum Ausschließen (33 Tafeln) / Ernstes und Heiteres: Erinnerung an August Bebel / Gewerkschaften und Fachtechnik / Fachsprache der Buchdrucker / Buchdrucker Neujahr / Eine Parabel / Rede und Stillblüten \* Die gebräuchlichsten Papierformate / Postalfaches \* Adressenverzeichnis \* Inhaltsverzeichnis \* Inseratenanhang

Zu beziehen von Karl Richter, Leipzig-R., Hofer Straße 38 part. \* Preis 1 Mt., durch den Buchhandel 1,50 Mt.

## Männergesangverein „Typographia“ München

Sonntags, 29. November im großen Saale der „Tonhalle“ Luitpoldstr.

### 37. Stiftungsfest

verbunden mit der Feier des 20jährigen Bestehens des Vereinsorchesters.

Mitwirkende:

Frl. Berla Spindler (Alt); Herr Georg König (Bariton); Herr Johannes Kauer (Orgel); Chöre unter Leitung des Herrn Tonkünstlers Hermann Kellner;

Musik: Vereinsorchester; Dirigent Herr Ludwig Gruber.

729]

Der Ausschuß.

## Chemnitz

Buchdrucker-Genographenverein „Gabelberger“

Sonntag, 30. November, vormittags 9 1/2 Uhr: Generaerverammlung Der Vorstand.

740]

## Guskirchen

Sonabend, 29. November 1913, abends 9 Uhr, im Hofl. „Zur Traube“ (Brauwerter):

### 50jähriges Berufsjubiläum

des Stollgen Reiner Joseph Jacobs, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Wir laden alle dem Jubilar bekannten Kollegen hiermit herzlich ein. (734)

Dr. Vereins Guskirchen (V. d. D. L.).

Graphische Vereinigung Dresden

Freitag, den 28. November 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Kaulbachhof“, Kaulbachstraße 23: Vortrag über: „Wasserzeichen“ (mit Lichtbildern). — Ausstellung und Bepredung der Jahreskartenentwürfe für den Gau Schlesien. — Verschiedenes. (737)

Richard Härtels Bucherverband

(St. Glog), München 2, Holzstraße 7. Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unberechnet und frei.

Die Farben und ihre Töne, Technische Anleitung zum Anlegen, Mischen und Drucken von bunten Farben und Farbarten. Von W. M. Schert. 2 Mt. Die Herstellung von Bildern, Illustrationen, Anzeigen usw. Mit Abbildungen, Zeichnungen und Tafeln. Von W. M. Unger. 8 Mt., geb. 9,75 Mt.

## Königliche Sächsische Landes-Lotterie

Günstigste deutsche Staats-Lotterie. Die einzige, in welcher jedes 2. Los gewinnt. Im günstigsten Falle:

800000 Hauptgewinn  
500000  
300000  
200000  
150000  
100000

Zieh. I. Klasse 13. u. 11. Dezbr. 13.

Los 5, — 10, — 25, — 50, —

Staatliche Kollektion

Martin Kaufmann, Leipzig

Windmühlenstrasse 45.

In Preußen verboten.

Genehmigte für

## Buchdruckkalkulation u. Bapierkunde

Anfänger- und Fortbildungskurse, lehrreich mit Vorbereitung für die Meisterprüfung. Beginn zu jeder Zeit. Prospekte kostenlos. [673] Signifikationsbureau, Berlin SW 61.

## Brandenburgischer Maschinenseher-Verein (Sitz Berlin)

Sonntag, 30. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 5.

### Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. „Die Rechtsprechung des Schiedsgerichts in der laufenden Tarifperiode“ (Referent: Kollege Bruno Kretschmer); 4. Verschiedenes. — Ausgabe der Eintrittskarten zum Stiftungsfest. Allseitiges und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

## „Typographia“ Berlin

Unsre verehrlichen Mitglieder werden höflichst gebeten, diejenigen Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren, welche zur

### Weihnachtsfeier

bei dem Kinderfestspiele mitwirken resp. in dem zu dieser Feier zusammen tretenden Kinderchor mitgehen wollen, am Sonntag, dem 30. November, nachmittags 2 Uhr, nach dem „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße, zu schicken. (736)

Die Sänger werden gebeten, am Freitag um 9 Uhr pünktlich anzutreten. Geißt wird: „Ein Sonntag auf der Alm“. Der Vorstand.

Neu! Wand-Gutenberg-Gegenstück feller mit je 2 Mt., auf 3,50 Mt., Gafsch, St. Ludwig, Gll.

Der

## maschinentechnische Kalender der graphischen Gewerbe 1914

ist erschienen.

Ein praktisches Hilfs- und Werkbuch für Buchdrucker und Schriftsetzer. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner von Georg Seidel, Betriebsleiter, München. (731) Zu beziehen gegen Voreinsendung des Betrags von 1 Mt. (Nachnahme 20 Pf. mehr) von der Rauckischen Buchdruckerei, Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5.

## Zohnender Nebenverdienst

Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdruckerei (746)

### Freibiamen Vertreter

für Aachen, Pinzette usw. bei sehr hoher Provision. Kollege S. Mathias, Düsseldorf, Postfach.

Gutenbergbüßen In Alabaster- oder Eisenbeimasse zu 2 Mt. — 90, 2,25, 6, 7,50, 18, 22,50 und 36 je nach Größe empfiehl. St. Siegl, München 2, Holzstraße 7.

## 20 Mk. Belohnung

wer mir die Adresse des Buchdruckmaschinenmeisters Witz, Beutel miltelst. Zeller in Soltau (Oderban).

20. Lauf. Typogr. Alterlei. Preis 1 Mt. Porto 10 Pf. Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

## Welthilfssprache

Der Deutsche Arbeiter-Welthilfssprache-Bund veranstaltet Vorträge über die Welthilfssprache, speziell die wissenschaftlich anerkannte Welthilfssprache „Ido“. Nähere Auskunft sowie Lehrmittel durch die Geschäftsstelle des Bundes: Leipzig bei Köhnen (Hauptstr. 67 a. (739)

Am Freitag, dem 13. November, verschied nach kurzem Leiden unser altes, treues Mitglied, der Rotationsmaschinenmeister

## Friedrich Fischer

im 63. Lebensjahre. Ein treues Andenken bewahrt ihm (735) Der Drucker- und Maschinenmeisterverein Hannover.

Am 15. November verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege (732)

## Max Franz

aus Herzberg (Eiffel) im Alter von 22 Jahren. Ein bleibendes Andenken sichern ihm zu Die Kollegen der Firma Paul Welsch, Rochwitz-Dresden.